Ruf nach mehr Toleranz und Mitgefühl bei Fastenbrechen

24. Juni 2016

Berlin (KNA) Bei einem muslimischen Fastenbrechen in der Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate in Berlin haben Politiker und Religionsvertreter zu mehr Toleranz aufgerufen. Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) gestand am Mittwochabend ein, dass es in Deutschland Probleme zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen und auch untereinander gebe. Es habe sich aber viel getan. Noch vor einigen Jahren seien Einladungen zum gemeinsamen Fastenbrechen kaum denkbar gewesen. Zu dem Iftar-Mahl hatten der Zentralrat der Muslime in Deutschland und die Botschaft eingeladen. Wichtig sei, sich „immer wieder neu darüber zu verständigen, was uns verbindet und nicht darüber nachzudenken, was uns trennt“, betonte der Bundeswirtschaftsminister. Die Friedensbotschaft der Religion verbinde. Und in Deutschland verbinde das Grundgesetz, so Gabriel. Die Mehrzahl der Flüchtlinge, die in den vergangenen Monaten nach Deutschland gekommen seien, seien Muslime. „Natürlich gibt es viel zu tun“, so Gabriel weiter. In vielen europäischen Ländern habe die Radikalisierung zugenommen. Vielleicht brauche es auch eine „Art politischen Ramadan“, um sich wieder auf die wesentlichen Werte zu besinnen, meinte Gabriel. Der Berliner evangelische Bischof Markus Dröge forderte „Signale des Friedens zwischen den Religionen“ ein. Es gebe zwar schon viel Zusammenarbeit zwischen Muslimen und Christen. Notwendig seien jedoch „noch viel mehr gemeinsame Projekte des Friedens und der Barmherzigkeit“ vor allem für Flüchtlinge. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, sprach sich für mehr Mitgefühl – auch für die ankommenden Flüchtlinge – aus. Zugleich forderte er die Bundesregierung auf, muslimischen Religionsgemeinschaften überall in Deutschland das Recht auf den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zuzusprechen. „Der Schlüssel zur Integration ist gleichsam auch der Schlüssel zur Demokratie; nämlich Teilhabe.“ Der Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate, S.E. Ali Abdulla Al Ahmed, betonte, dass sein Land sich für einen toleranten und respektvollen Islam ausspreche. Diskriminierungen jeglicher Art seien inakzeptabel, und die Emirate hätten erst vor kurzem die erste Toleranzministerin ernannt. Zugleich erklärte der Botschafter, dass eine Stabilisierung des Mittleren Ostens für alle dortigen Ländern wichtig sei. Dafür brauche es nicht nur Worte, sondern auch Taten. Vor dem Fastenbrechen in der Botschaft war auch Kritik laut geworden. „In dem Land gibt es massive Menschenrechtsverletzungen“, sagte Wolfgang Buettner von Human Rights Watch (HRW). Gabriels Bemühen um religiösen Austausch sei zu begrüßen. Dass dies jedoch in der Vertretung der Vereinigten Arabischen Emirate stattfinde, nannte Buettner „schwer nachvollziehbar“. Gabriel müsse bei seinem Besuch die Verletzung der Menschenrechte ansprechen. In den sieben halbautonomen Emiraten am Persischen Golf werden laut Human Rights Watch und Amnesty International unter anderem die Meinungs- und Pressefreiheit beschränkt.

(KNA – qkqmm-89-00216)

Stand: 17. November 2026